

Gesprächsreihe zur Diskussion des SRL-„Thesenpapiers zur Entwicklung des Ländlichen Raums“

Ergebnis der gemeinsamen Veranstaltung von
Netzwerk lokale Lebenskultur e.V.

- Verein zur integrativen StadtLand-Entwicklung -
SRL-Arbeitskreis Ländlicher Raum (AK-LR)

Loitz (Lk. Vorpommern-Greifswald, MV), 11.09.2015

Teilnehmende siehe Anhang

Die Veranstaltung wurde von der SRL initiiert, um das 2014 veröffentlichte SRL-Papier zum Ländlichen Raum mit Fachleuten und AkteurInnen zu diskutieren, die täglich direkt mit der Situation und dem Handlungsbedarf im ländlichen Raum konfrontiert sind, Lösungsansätze bewerten müssen und eigene Strategien entwickelt haben.

Im Interesse der Fortschreibung des SRL-Papiers bezieht sich die Ergebnis-Protokollierung auf die Gliederungspunkte des Papiers (http://srl.de/dateien/dokumente/de/Thesenpapier_Laendlicher-Raum.pdf).

SRL-Thesenpapier	Diskussionsbeiträge
I. Warum befasst sich die SRL mit ländlichem Raum?	
I.1 Was und wo ist der ländliche Raum?	
<i>Der ländliche Raum verändert sich</i>	
<i>(K)eine Begriffsdefinition</i>	
I.2 Warum besteht Handlungsbedarf im Ländlichen Raum?	
<i>Benachteiligung ländlicher Räume</i>	<p>Weitgehende Fremdbestimmung wird auch in Planung und Verwaltung als Benachteiligung gesehen.</p> <p>Der ländliche Raum wird mit den Zielen der Raumordnung stärkeren Restriktionen unterworfen. Geringe Reaktionsgeschwindigkeit und geringe gebietliche Differenzierung in der Raumordnung bremsen Entwicklungen des ländlichen Raums „von unten“. Damit wird die Handlungsfähigkeit im ländlichen Raum erheblich eingeschränkt.</p> <p>Zahlreiche Verwaltungsabläufe sind für den Ländlichen Raum nicht zweckmäßig und effektiv. Als praktische Beispiele wurden Genehmigungen für Baumfällungen oder das Aufstellen von Verkehrsschildern (Zuständigkeit des Landkreises) und Marketing (Zuständigkeit der Gemeinde) genannt.</p>
<i>Kritische Entwicklungen</i>	Die Bodenpolitik ist mit entscheidend für das, was im ländlichen

	<p>Raum passiert, z.B. ist eine andere Ernährung nur möglich mit entsprechendem Zugriff auf Boden (Flächennutzungskonflikt Energie-Mais ./ Lebensmittel).</p> <p>Folgen von Schulschließungen werden kontrovers diskutiert: Sind Schulstandorte in dem Maße „soziale Kerne“ wie meist behauptet? Mobile Lehrer fallen als soziale Akteure am Wohnort aus.</p> <p>Wirkliche „ländliche Vertreter“ fehlen in den Verbandsversammlungen der Planungsverbände (Träger der Regionalplanung in MV).</p>
<i>Diskussionsbedürftige Planungsgrundsätze</i>	<p>Der Grundsatz, Neubau nur in einem bestimmten Umfang außerhalb der zentralen Orte zuzulassen, blockiert sinnvolle Entwicklungen. Mit dem strukturellen Wandel haben sich Chancen in aufgetan (Tourismus, Gesundheit), die in einzelnen Gemeinden oder Gemeindeteilen andere Herangehensweisen erfordern.</p> <p>Genannt wird das Beispiel Stellshagen (Gem. Damshagen, Lk. Nordwestmecklenburg) mit einem stark prosperierenden touristischen Bereich, der Arbeitsplätze aufgebaut hat. Diese Beschäftigten wollen nun zum Teil in der Gemeinde siedeln. Hinzu kommen Nachfrager, die die Urlaubs-, Gesundheits- und Wellness-Angebote des Ortes und der Region wahrgenommen haben und nun in diese Gegend ziehen wollen. Durch starre Regelungen von oben würde Planungsrecht auf der Ebene der Regionalplanung die Gemeindeentwicklung behindern.</p>
<i>Kritik der Förderpolitik</i>	<p>Kritisiert wird der „Stadtbau Ost“, der einerseits in Städten immer noch Abriss fördert, während gleichzeitig Neubaubedarf entsteht; andererseits fehlen entsprechende Mittel auf dem Land, um isolierte Plattenbauten in Umgebungen ohne Nachfrage und Infrastruktur loszuwerden (hierfür kein Zugriff auf EFRE- oder ELER-Mittel).</p> <p>Städtebauförderung / Altstadtsanierung in denkmalgeschützten Umgebungen widerspricht bei der praktischen Umsetzung den Anforderungen einer Senioren-Gesellschaft (Barrierefreiheit).</p> <p>Förderung von Barrierefreiheit (öffentlicher Raum, ÖPNV, Tourismus) könnte aber ein Alleinstellungsmerkmal der Region werden.</p>
II. Was wollen wir?	
II.1 Unsere „Philosophie“: Grundsätze und Anforderungen	
<i>Unterschiedlichkeit von Regionen erkennen und anerkennen</i>	<p>In der Region Peenetal/Loitz sind die Zugezogenen die „aktiven Parts“, das bringt sowohl Schwung wie Konfliktpotenzial.</p> <p>Es gibt reale Entwicklungs-Chancen z.B. durch Telarbeit (Bestimmte Menschen sind bereit, sich in der Region anzusiedeln, Voraussetzung ist Breitband); die Region ist attraktiv, müsste aber mehr beworben werden (Landesaufgabe?)s</p>
<i>Zentralörtliches System weiterentwickeln</i>	<p>Funktionsräumliche Strukturen unterhalb der zentralörtlichen Ebenen mit Bündelung von Nahversorgung und Mobilitätsangeboten nach Vorbild Kreis Nordfriesland (weiter)entwickeln</p>

<p><i>Planungsrechtlichen Rahmen anpassen</i></p>	<p>Es gibt (punktuell) dynamische Orte mit entsprechender Wirtschaft, Bevölkerung, Politik: Die Instrumente der Landes- und Regionalplanung kommen nicht hinterher, um diesen Orten eine Entwicklung zu ermöglichen.</p> <p>„Wieviel Regionalplanung soll es dann noch geben?“ – bleibt offene Frage.</p>
<p><i>Handlungskompetenz der Kommunen stärken</i></p>	<p>Mehr Entscheidungen von Land und den Kreisen auf die Kommunen verlagern und diese mit Regionalbudgets ausstatten! Sinnvolle Ebene/Größe dafür (in MV): Amt / amtsfreie Gemeinde, wohl ca. 12.000 Einw.</p> <p>Repräsentative und partizipative demokratische Prozesse verorten sich eher in der Gemeinde.</p> <p>In MV erfolgte die Kreisreform ohne Neuordnung der Kompetenzen (Funktionalreform) und ohne begleitende Gemeindereform.</p> <p>Es braucht ggf. eine durchgreifendere kommunale Gebietsreform, um handlungsfähigere Kommunen (mit neuen erweiterten Kompetenzen) zu schaffen.</p> <p>Aus Zuständigkeit ergibt sich Verantwortung. Mit der Erweiterung der Kompetenzen vor Ort werden die Ebene der Gemeinden und die Teilhabe im Ländlichen Raum gestärkt.</p>
<p><i>Zivilgesellschaft stärken – Potenziale entdecken und fördern</i></p>	<p>Zivilgesellschaft / Ehrenamt als Träger regionaler Prozesse wird eher skeptisch gesehen („Manche machen mehr als sie können - andere könnten, aber machen nichts“).</p> <p>Jugendliche/junge Erwachsene fallen als Akteure weitgehend aus, weil ortsabwesend bzw. mit langen Wegezeiten beansprucht.</p> <p>Daseinsfürsorge durch Nachbarschaftshilfe funktioniert.</p> <p>Nicht mehr öffentliche Aufgaben auf „das Ehrenamt“ verlagern!</p>
<p>II.2 Förderpolitik</p>	
<p><i>Wo soll gefördert werden?</i></p>	
<p><i>Was und wie soll gefördert werden?</i></p>	<p>Das Fördermanagement auf Landesebene (MV) muss verbessert werden (Diskussion am Thema Breitband)</p>
<p>Ergänzend diskutierte aktuelle Thematik: Flüchtlinge</p>	<p>Potenziale</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nachfragen aus der örtlichen Wirtschaft nach Fachkräften • Flüchtlingszuwanderung in die Städte könnte (reaktiv) mittelfristig zu einer Bevölkerungs-Umverteilung führen, die den ländlichen Raum wieder begünstigt. <p>Probleme</p> <ul style="list-style-type: none"> • Überforderung des Ehrenamtes: hohe Hilfsbereitschaft ermüdet, wenn Flüchtlinge immer nur kurz vor Ort sind und immer neue Wellen nachfolgen (Durchgangsstation statt Integration)

	<ul style="list-style-type: none"> • Professionalisierung der Flüchtlingshilfe erforderlich • Wohnungen für die, die bleiben, fehlen • ländliche Infrastruktur wird überfordert, z.B. sind Fachärzte voll ausgelastet • Entscheidungskompetenzen sind zersplittert, eine Ebene redet nicht mit der anderen (Gegenbeispiel Schweden: alle Entscheidungen kommunal) • Bei über das Wohnen hinausgehenden Anforderungen (Arbeiten, Versorgung, Verkehr) bestehen auffällige Übereinstimmungen mit Problemlagen des ländlichen Raums <p>Lösungsperspektive</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eine professionalisierte Flüchtlingshilfe soll eine Einweisung der Betroffenen am ersten Tag ermöglichen. • Die Bündelung wesentlicher Kompetenzen und Mittel vor Ort kann Effizienz und Schnelligkeit gewährleisten. • „Aus deutschen Verkrustungen“ herauskommen: Zugang zum Arbeitsmarkt für Bleibewillige erleichtern, mehr auf Mentalität der Flüchtlinge Rücksicht nehmen (die die strengen und engen Strukturen des deutschen Arbeitsmarktes nicht gewohnt sind). • Flüchtlingshilfe und allgemeine Anforderungen im ländlichen Raum sollen für effektive Lösungen gemeinsam im Blick gehalten werden.
--	---

Protokollnotizen: Döll / Hawel

Teilnehmende

Michael Sack - Bürgermeister der Stadt Loitz
 Ralf Rosenow - Landkreis Vorpommern-Greifswald
 Dr. Eberhardt Blei - Hochschule Wismar & Netzwerk lokale Lebenskultur e.V., Regionalgruppe MV, SRL
 Dr.-Ing. Antje Bernier - Hochschule Wismar
 Katharina John - Hochschule Wismar
 Antje Wunderlich - Neubrandenburg
 Michael Bräuer – Rostock, Regionalgruppe MV, SRL
 Andreas Willisch - Thünen-Institut Bollewick
 Eike Koebe - Training und Beratung Wismar

Dirk Mittelstädt - Bürgermeister der Stadt Dobbertin
 Ullrich Schmidt - milatz.schmidt architekten Neubrandenburg
 Sebastian Köszegi - milatz.schmidt architekten Neubrandenburg
 Ulrike Börst - Planung Morgenstern Greifswald
 Bernd Wolfgang Hawel - stadt & land gmbh Fleckeby, AK-Sprecher, SRL
 Georg Döll - Planung Morgenstern Greifswald, Regionalgruppe MV, SRL

Arbeitskreis "Ländlicher Raum" in der SRL

*Sprecher: Bernd Wolfgang Hawel, Dipl.-Geogr. Stadtplaner SRL
 stadt & land gmbh*

*Bramberg 12 | 24357 Fleckeby (Schlei-Ostsee)
 www.stadt-u-land.de | SRL-AK-LR@stadt-u-land.de
 +49 [0]43 54 | Fax 99 65 13 | Tel 99 65 11*